

Standortwettbewerb

Deutschland ist besser als sein Ruf

In der weltweiten Rangliste des World Economic Forums (WEF) landet die deutsche Wirtschaft hinter den USA und Singapur auf Rang drei.

Torsten Riecke, Norbert Häring
Berlin

Deutschland gilt wirtschaftlich als Kraftprotz. Wenn es jedoch um den Einsatz von digitalen Technologien geht, halten viele Experten die deutsche Wirtschaft für einen Nachzügler. Zu Unrecht, wenn es nach dem neuen Wettbewerbsindex des World Economic Forums (WEF) geht. Danach liegt Deutschland hinter den USA und Singapur weltweit auf Platz drei. Das ist deshalb beachtlich, weil die Ökonomen der Denkfabrik in Genf bei ihrer jährlichen Untersuchung diesmal besonderes Augenmerk auf die Anforderungen des digitalen Zeitalters gelegt haben.

Die digitale Revolution stellt Unternehmen und Wirtschaftspolitik vor völlig neue Herausforderungen. Niedrige Steuern, gut ausgebildete Arbeitskräfte, eine moderne Infrastruktur und ein stabiles politisches Umfeld sind im Standortwettbewerb weiterhin wichtig, reichen im digitalen Zeitalter aber nicht mehr aus. Wer im internationalen Wettbewerb die Nase vorn behalten will, muss nach Meinung der WEF-Ökonomen ein kreatives Umfeld für neue Ideen schaffen, den Unternehmergeist fördern, seine Grenzen offen halten und sich schnell an den technologischen Fortschritt anpassen.

„Diese Erfordernisse der vierten industriellen Revolution anzunehmen ist zum entscheidenden Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit geworden“, sagt WEF-Gründer Klaus Schwab. Seine Denkfabrik hat 140

Länder untersucht und auf einer Skala von null bis 100 bewertet. Mit einem Wert von knapp 86 Punkten haben die USA die Schweiz von der Spitze verdrängt. Den Ausschlag gaben dabei die wirtschaftliche Dynamik, der weit verbreitete Unternehmergeist und das liquide Finanzsystem in Amerika.

Überraschend ist jedoch, dass Deutschland noch vor den USA als der innovationsfreundlichste Standort weltweit abschneidet. Die Autoren der Studie begründen das unter anderem mit der hohen Zahl der Patentanmeldungen, der hohen Qualität der Forschungsarbeit von Unternehmen und Wissenschaft sowie der internationalen Vernetzung im Innovationsprozess.

Überraschend ist die gute Platzierung Deutschlands auch deshalb, weil die deutsche Wirtschaft in ähnlichen Studien deutlich schlechter abschneidet. So sieht eine aktuelle Untersuchung des IMD World Competitive Centers in Lausanne



WEF-Gründer Klaus Schwab:
Augenmerk auf Innovationsfähigkeit der Staaten.

Deutschland in der Rangliste der wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften nur auf Platz 15 von 63 untersuchten Ländern. Die Lausanner Forscher bemängeln unter anderem die Schwächen in der Infrastruktur, gerade auch in der Bildung in Schulen und Universitäten. Außerdem sei man hierzulande zu wenig offen gegenüber neuen Einflüssen und Ideen.

Das stellt die Rangliste der Genfer Konkurrenz aber nicht grundsätzlich infrage: „Das Ranking des WEF gibt einen recht guten Überblick darüber, wie die Leistungsfähigkeit eines Wirtschaftsstandortes aktuell eingeschätzt wird“, sagt Jürgen Matthes, Ökonom am arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln: Auch ein Zusammenhang des WEF-Indexes mit der langfristigen Wachstumsperformance sei nachweisbar. Allerdings sollte man bei der Interpretation eine gewisse Vorsicht walten lassen, warnt Matthes, weil viele Indikatoren auf Expertenumfragen basierten, die von aktuellen Stim-

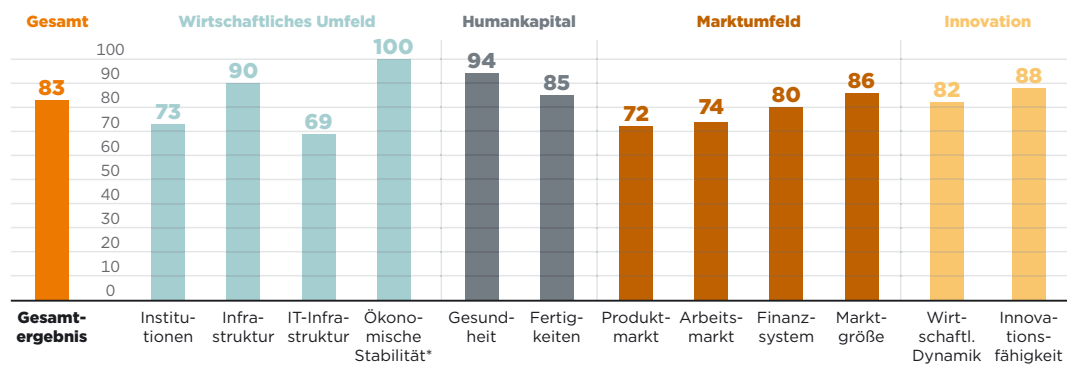
mungen geprägt und möglicherweise verzerrt sein könnten. „Deutschland schneidet beim WEF-Ranking - trotz seiner Schwächen vor allem am Arbeitsmarkt und bei der Höhe der Besteuerung - in der Regel etwas besser ab als bei anderen Standortrankings, weil auch die Performance der Unternehmen mit einbezogen wird und nicht nur gesamtwirtschaftliche und wirtschaftspolitische Faktoren“, betont der IW-Ökonom.

Insgesamt ist die Weltwirtschaft auf die Digitalisierung nur mäßig vorbereitet, heißt es in der WEF-Studie. So liegt der globale Durchschnittswert bei 60 Punkten - also weit weg von der Bestmarke. Insbesondere der Innovationsprozess von der Erfindung bis hin zur Kommerzialisierung bereitet vielen Ländern enorme Schwierigkeiten. Mehr als 100 Volkswirtschaften schaffen hier keine 50 Punkte. Selbst wettbewerbsstarke Länder wie die USA und Deutschland haben nach Meinung der Genfer Experten noch viel Luft nach oben. So landet Deutschland etwa bei der Einführung des mobilen Internets oder des Ausbaus von Breitbandanschlüssen nur im Mittelfeld.

WEF-Gründer Schwab warnt angesichts der großen Abstände in der Wettbewerbsfähigkeit vor einer digitalen Spaltung zwischen den Pionieren und den Nachzüglern. „Der internationale Wettbewerb ist kein Nullsummenspiel. Jeder kann davon profitieren“, betont der inzwischen 80-jährige deutsche Ingenieur und bricht eine Lanze für den Freihandel. Gerade jene Länder mit offenen Grenzen und wenig Handelsbarrieren seien auch die Innovationsführer. Wichtig aber sei, dass die Früchte des technischen Fortschritts und der Globalisierung auch mithilfe der Steuerpolitik gerechter verteilt würden. Wettbewerbsfähigkeit und faires Wachstum seien kein Widerspruch.

Weltweiter Wettbewerbsindex 2018

Deutschland: 3. Platz von 140



HANDELSBLATT // *Gesamtwirtschaftlich

Quelle: Global Competitiveness Index 4.0

Sozialpartner

Rezepte gegen die Tariferosion gesucht

Die Sozialpartnerschaft wird 100 Jahre alt. Arbeitgeber und Gewerkschaften wollen sie fit für die Zukunft machen - mit unterschiedlichen Ansätzen.

Frank Specht Berlin

Mit unterschiedlichen Rezepten wollen die Sozialpartner die Tarifbindung in Deutschland wieder stärken. Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer wirbt für stärker modular aufgebaute Tarifverträge, aus denen sich die Unternehmen für sie passende Bausteine auswählen können. Die Gewerkschaften dagegen denken laut über Steueranreize für tarifgebundene Firmen und Arbeitnehmer nach und fordern eine stärkere Rolle des Staates.

Beide Positionen prallten am Dienstag in Berlin beim Festakt zum 100-jährigen Bestehen des Stinnes-Legien-Abkommens aufeinander, das als Grundstein der heutigen Sozialpartnerschaft gilt. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier würdigte, dass Deutschland auch dank des Mit-

einanders von Arbeitgebern und Gewerkschaften relativ gut durch die Krisenjahre gekommen sei. Angesichts der Digitalisierung und einer drohenden Spaltung der Arbeitswelt sei sie weiter „ein Eckpfeiler der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stabilität“. Politik, Arbeitgeber und Gewerkschaften müssten sich aber „konkret um die Grundlagen dieser Partnerschaft kümmern, damit sie unter sich verändernden Bedingungen Wirksamkeit behält und entfalten kann“, mahnte Steinmeier.

Tarifverträge als Baukasten

Denn tatsächlich ist es um die Grundlagen - vor allem um die Beteiligung auf beiden Seiten - nicht sonderlich gut bestellt. Nur noch rund jeder siebte Beschäftigte gehört einer Gewerkschaft an. Nur rund jeder zweite Arbeitnehmer arbeitet nach Tarif. Auch bei den Arbeitgebern sinkt die Zahl derer, die sich einem Verband anschließen und dazu auch einem Flächentarif unterwerfen.

Abhilfe könnten hier flexiblere Tarifverträge schaffen, meint Kramer. Mehr Öffnungsklauseln und mehr



Bundespräsident Steinmeier:
Warnung vor Spaltung der Arbeitswelt.

optionale Bausteine, damit Unternehmen etwa Regelungen zum Entgelt übernehmen können, nicht aber die zur Arbeitszeit. Und diese Wahloption sollte nicht nur den Tarifparteien offenstehen, sondern auch Arbeitgebern und Betriebsräten.

Von dieser Verlagerung auf die Betriebsebene halten die Gewerkschaften, die das Heft des Handelns nicht aus der Hand geben wollen, wenig. Unternehmen, die sich lediglich an Tarifverträgen orientierten oder einzelne Bausteine herauspiketen, nutzen das nicht selten, um Lohndumping zu betreiben oder Sozialstandards zu unterlaufen, kritisierte Verdi-Chef Frank Bsirske.

Wie auch DGB-Chef Reiner Hoffmann machte sich Bsirske für steuerliche Anreize stark, um die Sozialpartnerschaft zu stärken. So warb er für einen zusätzlichen Steuerfreibetrag in Höhe von 1300 bis 1700 Euro allein für Gewerkschaftsmitglieder in tarifgebundenen Firmen. Dies würde nicht nur den Anreiz erhöhen, einer Gewerkschaft beizutreten. Tarifgebundene Unternehmen könnten so auch leichter Fachkräfte gewinnen.

Geteilter Meinung waren beide Seiten über die Rolle des Staates bei der Stärkung der Tarifbindung. Während es die Gewerkschaften der Politik weiter erleichtern wollen, Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären, lehnt BDA-Präsident Kramer das entschieden ab: „Wir müssen unsere Lösungskompetenz auch selbst unter Beweis stellen und dürfen die nicht an den Staat abtreten.“ Sonst sinke der Anreiz, einer Gewerkschaft oder einem Arbeitgeberverband beizutreten.

Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sagte Unterstützung der Politik zu - etwa bei einem allgemein verbindlichen Tarifvertrag in der Pflege. Auch werde er mit Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) reden, ob Tarifneugesetze, die es in 15 von 16 Bundesländern gebe, nicht auch im Bund sinnvoll seien. Die Gesetze regeln, dass öffentliche Auftragnehmer Tariflohn zahlen müssen. Auch die von Bsirske und Hoffmann vorgeschlagene Steuerförderung gehöre bei der Diskussion über die Zukunft der Sozialpartnerschaft auf den Tisch, sagte Heil.